

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstraße N^o. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, S. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 9. März, 8 Uhr Abends.

Berlin, 9. März. (Reichstag.) Tagesordnung: General-Discussion über den Verfassungs-Entwurf. Es sind 29 Redner für, 16 gegen den Verfassungs-Entwurf eingeschrieben. Der Abg. Ewelen erklärt, daß er für den Entwurf nur unter der Bedingung erheblicher Modificationen, ohne dieselben für Verwerfung desselben sei. Ein Normalbudget sei unannehmbar, höchstens eine zeitweilige Gewährung eines Pauschquantums bis zur Durchführung der Bundesarmereform. Abg. Waldeck: Der Entwurf schaffe keinen constitutionellen Bundesstaat, keine Centralgewalt und werde Süddeutschland nicht heranziehen. Mignet (für den Entwurf) ist entschlossen für den Bundesstaat jedes Opfer, selbst das der Freiheit zu bringen. Dr. Gerber spricht gleichfalls für den Entwurf, welcher einen festen Rechtsboden schaffe. Dr. Koe: Der Entwurf bedrohe die Existenz aller Constitutionen Deutschlands; dagegen sei anzukämpfen. Wagner wünscht eine möglichst unveränderte Annahme des Entwurfs. Rohden spricht gegen den Entwurf, indem er hervorhebt, daß in demselben zu wenig Rücksicht auf Oesterreich genommen sei; auch dort sei das deutsche Element zu schützen, damit es nicht den Czaren und Magharen anheimfalle. — Die Debatte wird hierauf auf Montag vertagt.

Berlin, 8. März. Die zuerst von der „Magd. Stg.“ gebrachte Mittheilung, wonach nur die richterlichen Beamten des Reichstages zur Tragung der Kosten der Stellvertretung herangezogen werden, ist von der officiellen Presse mit dem Einwand bemängelt, es sei auf Grund der bekannten Entscheidung des Obertribunals in dieser Angelegenheit Gesamtpreis geworden, allen Beamten die Kosten der Stellvertretung aufzuerlegen. Diese officiöse Notiz erklärt nun die „M. Z.“ für unrichtig. „Wir wiederholen“, sagt sie, — daß ausschließlich vom Justizministerium eine derartige Verordnung erlassen ist, und fragen die angeblich besser Unterrichteten, ob die Landräthe, die im Reichstag sitzen, ob ferner die Ministerialbeamten, wie z. B. Graf Eulenburg, Geh. Rath Wagener, mit der Tragung der Stellvertretungskosten gerade so belastet werden wie z. B. die Herren Ewelen und Waldeck? Die übrigen Ressortchefs haben alle ohne Ausnahme denjenigen Beamten, die interimistisch dem Staate durch ihre Thätigkeit im Landtage dienen, Stellvertreter auf Staatskosten gestellt. Nur die richterlichen Beamten wurden und werden weiterhin mit den Stellvertretungskosten belastet, niemand sonst, kein Staatsanwalt, kein Regierungsbeamter im weitesten Sinne des Wortes.

Frankreich. Paris. [Der Proceß gegen Emil de Girardin] ist das Ereigniß des Tages. Schon längst vor Oeffnung des Saales der ersten Kammer des Justizpolizeigesichtes waren die Eingänge besetzt. Als das Gericht zur Sitzung erschien, stand die schaulustige Menge gedrängt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten fehlte es nicht an gewissen emotionalen Damen; ferner hatten sich viele Journalisten, mehrere Kammer-Mitglieder, darunter Picard und Pelletan, sehr viele Mitglieder des Barreau u. s. w. eingefunden. Alle Plätze waren besetzt. Der Präsident überraschte nach Oeffnung der Sitzung die Ungebuld der Zuhörer mit der prosaischen Anzeige: „Wir haben uns zunächst mit einigen Proceßsachen zu beschäftigen; die Sache des Herrn v. Girardin kommt erst nach der Pause, gegen halb zwei Uhr, daran.“ Allgemeiner Tumult wurde laut; inbessien blieb alles, was sich ergab, ruhig. Seine erste Erklärung geht dahin, daß er den Art. 4 der Verfassung citirt, der einem Jedem das Recht gebe, die Handlungen der Regierung zu kritisiren und zu tadeln. Er habe nichts Anderes gethan. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, zum Haß und zur Verachtung der Regierung aufzufordern, er könne dieses auf sein Ehrenwort versichern, und man könne ihm glauben, da er die Gewohnheit habe, offen zu sein. Uebrigens, fügte er hinzu, habe er zu sehr zur Erhebung der jetzigen Regierung beigetragen, als daß er die Verantwortlichkeit, an deren Sturz zu arbeiten, auf sich laden möchte. Das Requisitionorium des öffentlichen Ministeriums war ohne besonderes Interesse. Dasselbe meinte nur, daß, wenn die Regierung von 1851/52 auch wirklich gar nichts für Frankreich gethan haben würde, so hätte sie ihm doch das Freihandels-System gegeben, was aber in dem Artikel des Angeklagten durchaus nicht berührt sei. — Girardin erwiderte dem öffentlichen Ankläger, daß sein Requisitionorium sehr unbestimmt gehalten sei; er bezeichne keinen einzigen Punkt, der straffällig sei, sondern spreche im Allgemeinen von einer „page d'histoire“. Was das Freihandels-System anbelangt, so habe er (Girardin) dasselbe freilich nicht berührt: er würde sehr gut sagen können, daß es aus Vergesslichkeit geschehen sei. Dies sei aber nicht der Fall. Er habe wohl daran gedacht, aber abschließend nicht davon gesprochen, weil man die Versprechungen, die man bei Erlaß der betreffenden Decrete gemacht, nicht gehalten habe, und Frankreich sich heute der englischen Concurrenz gegenüber in derselben Lage befinde, wie Oesterreich Preußen gegenüber in der Schlacht bei Sedowa, wo die Waffen auf beiden Seiten nicht gleich gewesen wären. Er giebt zu, daß sein Artikel unglücklich gewählt gewesen sein möge; es gäbe aber auch, meinte er, unglücklich gewählte Expeditionen, Circulare und Reden. Er hätte übrigens den Artikel wahrscheinlich gar nicht geschrieben, wenn er nicht der Kammerung vom 26. Febr. angewohnt hätte. Er habe dort die Rede des Hrn. Reuber mit angehört, und dessen Provocationen hätten ihn aufs äußerste gereizt. Girardin's Worte wurden einmal von den Zuhörern unterbrochen; da aber der Präsident drohte, den

Saal räumen zu lassen, so verhielt sich später Alles sehr ruhig. Nur wurde der Beschluß des Hofes, der nach zweistündiger Beratung die Sprechung des Urtheils auf morgen vertagte, mit lauten Narren aufgenommen. Die Vertagung des Urtheils soll erfolgt sein, weil der Kaiser den Wunsch ausgesprochen hat, die Verhandlungen und die Haltung des berühmten Journalisten zu kennen, ehe das Urtheil gesprochen wird. (Zwischen hat der Telegraph bereits gemeldet, daß Girardin unter Annahme mildernder Umstände zu 5000 Frs., der Drucker zu 100 Fr. Geldstrafe verurtheilt ist.) — Girardin bekommt zahlreiche Zuschriften aus den Departements, in welchen sich Theilnahme für ihn ausspricht. Es ist bemerkenswerth, wie allgemein rege das Interesse an der Politik in ganz Frankreich geworden ist. Selbst in Kreisen, in welchen seit Jahren kein Wort Politik gesprochen worden, beschäftigt man sich auf das lebhafteste mit den Tagesfragen. Der gesteigerte Verkehr zwischen den Provinzen und der Hauptstadt während der Ausstellung wird der Politik noch mehr Terrain verschaffen.

(R. Z.)

Danzig, den 10. März.

* [Bürgerversammlung im Gewerbehause.] Hr. R. Bloch gab zunächst eine Uebersicht über die Lazarethfrage und verglich die früheren sehr schlechten Zustände im Lazareth mit den gegenwärtigen. Hr. B. hat sich bei einem Rundgang durch das Lazareth, den er vor einiger Zeit mit Einwilligung des Oberarztes Dr. Stieh unternahm, davon auf das speciellste überzeugt, daß die früheren dem Institut so nachtheiligen Uebelstände jetzt gehoben und das Lazareth in allen Zweigen der Verwaltung und der Verpflegung jedem Anspruche genüge, den man an derartige Anstalten zu machen berechtigt sei. Das Hauptverdienst an diesen Verbesserungen gebühre dem Oberarzt Hrn. Dr. Stieh, der, selbst auf die Gefahr hin, seine bisherigen Freunde zu verlieren und dafür eine Menge Feinde zu erhalten, unbeirrt den Weg gegangen sei, der ihm zur Hebung der Anstalt und Wiederherstellung ihres früheren guten Rufes der zweckdienlichste erschienen. Redner glaube daher wohl die Meinung der Mehrzahl der Bürgerschaft auszudrücken, wenn er den Wunsch äußere, daß in Anbetracht der jetzt im Lazareth herrschenden guten Verhältnisse die Versuche der Versöhnung und Einigung zwischen Magistrat und Lazarethverwaltung fortgeführt würden, um den projectirten Bau eines eigenen städtischen Krankenpauzes, der so erhebliche Opfer erheische, überflüssig zu machen. Es leihen sich, wenn eine Verständigung erfolgt sei, dann vielleicht auch die Mittel finden, um dem noch bestehenden Uebelstände abzuwehren, das Lazareth von den vielen Sünden und vornehmlich von den Ziren zu befreien. — Hr. Dr. Lévin dankt Hrn. Bloch für die schätzenswerthe Arbeit und freut sich besonders darüber, daß die so vielfach verkannte Wirksamkeit seines Freundes Stieh endlich die gebührende Anerkennung finde. Der Vorwurf des Hrn. Vorredners, daß die Stadtverordneten über die Lazarethverhältnisse nicht immer reinen Wein eingeschenkt hätten, sei nicht ganz gerechtfertigt. Er (Redner) selbst habe ja bekanntlich öfters in den Stadtordeordneten-Versammlungen ein ungeschöntes Bild der Zustände gegeben, die eigenthümlichen Verwickelungen hätten aber noch nicht ihre Lösung gefunden. Der Magistrat habe nun neuerdings wieder Verhandlungen mit dem Lazarethvorstande angeknüpft und es sei bei gegenseitigem guten Willen ein Abkommen verabredet worden, das eine Lösung des Conflictes herbeizuführen geeignet sei; es käme nur noch darauf an, daß das Ministerium demselben seine Genehmigung erteile. Das Abkommen wäre zwar auf Zeit, vorläufig auf 10 Jahre, getroffen, es enthalte aber u. A. die Bestimmung, daß die Stadt bis zu 250 Kranke in das Lazareth schicken könne. Diese Zahl der zur Disposition der Stadt gestellten Betten genüge dem Bedürfnis, um so mehr als die städtische Armenpflege in gleicher Weise wie das Lazareth sich verbessert und zweckentsprechender gestaltet habe. Bei Epidemien werde allerdings Mangel eintreten können; die Stadt vergrößere sich, das Interesse des Lazareths erheische, daß es nicht überfüllt werde und gewisse Kategorien von Kranken ausschleife. Es sei daher ganz richtig, wenn man ein zweites Krankenhaus baue. Es sei auch seine Meinung, daß die Stadt diese Idee realisiren müsse, sobald sie etwas festere Hände habe, um die nöthigen Mittel dazu ohne besondere Opfer anwenden zu können. Für Sieche, Syphilitische, Krüppel und Wöchnerinnen u. s. müsse durchaus ein eigenes Krankenhaus bestehen. Dank den Bemühungen des Magistrats und dem Entgegenkommen des Lazareth-Vorstandes wäre der Drang zu einem Neubau jetzt nicht mehr so groß und könnte die Frage vorläufig auf einige Jahre vertagt werden, da zu hoffen stehe, daß das Ministerium das getroffene Abkommen genehmigen werde. Einstweilen thue aber Jeder Recht daran, wenn er an seinem Theile mit allen Kräften dazu beitrage, die noch aus früherer Zeit stammenden Vorurtheile gegen das Lazareth zu beseitigen. — Hr. Sielaff spricht seine Freude aus über die aus den Aeußerungen des Hrn. Dr. Lévin zu ersiehenden befriedigenden Resultate. — H. Richter bestätigt die von Hrn. Dr. Lévin gemachten Mittheilungen und fügt hinzu, daß das Lazareth die städtischen Kranken zu 7 resp. 10 pro Tag aufzunehmen bereit sei. Die noch bestehenden untergeordneten Differenzen würden hoffentlich bald ihre Ausgleichung finden. Bei dieser Gelegenheit hatte er es für zweckmäßig, wenn die Versammlung von weiteren Schritten (Petitionen u. s.) Abstand nehme. — Hr. Bloch: Die so eben gemachten Mittheilungen befreiten die Bürgerschaft von einer schweren Befürchtung. Er wünsche nur noch, daß die Herren Stadtverordneten mit allem Eifer dahin streben, daß aus dem Lazareth die Ziren entfernt würden, da für diese hinfälligen Einrichtungen nicht getroffen werden könnten. — Hr. Dr. Lévin: Vor circa 6 Jahren habe sich die Commune dem Provinzialverbande für Ziren angeschlossen. Die Schwere Anstalt sei aber nicht im Stande, allen Anforderungen zu genügen. Man habe bei Abschluß des neuen Contracts beabsichtigt, nur solche Ziren in das Lazareth aufzunehmen, die in der eigenen Wohnung nicht untergebracht werden können, oder in kurzer Zeit nach Schwere bittig werden könnten; die Auslieferung scheiterte an den Hindernissen. Der Wunsch nach wesentlichen Veränderungen sei gerechtfertigt, aber schwer zu befriedigen. — Hr. Helm constatirt, daß das Lazareth nur eine Durchgangsanstalt für Ziren hätte sein sollen; der Magistrat sei an dem jetzigen unseligen Zustande nicht schuld. Die Pflege der Ziren im Lazareth sei ein Krebsgeschwür für dasselbe, der als solcher von der Administration wie vom Vorstande wohl erkannt sei; es lasse sich vorläufig aber nichts daran ändern. Die Behandlung dieser Ziren verursache der Anstalt enorme Kosten. Es sei ganz unverantwortlich, daß Ziren noch immer in's Lazareth aufgenommen werden müßten. — Hr. Bloch fragt, ob es nicht angängig, daß man vielleicht in Pelonken eine Zirenstation für 15 bis 20 Kranke errichte. — Hr. Dr. Lévin: In dem Provinzial-Landtage sei bereits die Frage wegen Erweiterung des Zirenhauses in Schwere in Anregung gebracht. Der Gedanke, ein eigenes Zirenhaus zu

bauen, sei nicht ausführbar; die Kosten für ein Haus für 25 bis 30 Ziren würden sich auf ca. 45,000 R. belaufen. — Hr. Bahl ist der Meinung, daß der Magistrat die Schuld an den schlechten Zuständen des Lazareths, welche die Regierung zum Einschreiten genöthigt, trage; er biete auch jetzt keine Garantie, daß diese Zustände sich nicht wiederholten, wenn man ihn an der Verwaltung wieder Theil nehmen lasse. Nach seiner Ansicht habe der Magistrat sich den Anordnungen der Regierung zu fügen. — Hr. Dr. Lévin erwidert, daß die Commune Danzig eine selbstständige Gemeinde sei, die sich Regierungsverordnungen nur zu fügen habe, wenn dieselben eine gesetzliche Basis hätten. Daß der Magistrat Schuld sei an den früheren Zuständen, das sei ihm und gewiß auch der Versammlung neu. — Hr. Helm erwähnt, daß die Lazarethverwaltung in Folge der geregelten Verhältnisse jetzt jährlich ca. 2000 R. erspare; und diese Ersparnisse würden fortlaufend zu Verbesserungen und Erweiterungen des Lazareths benutzt, und es ließe sich bestimmt voraussetzen, daß auch die noch bestehenden Uebelstände bald Abhilfe fänden. — Der Gegenstand wird hierauf verlassen. — Den zweiten Gegenstand der T. D. bildet die Canalisirungsfrage. Zu derselben nimmt Hr. Dr. Lévin das Wort, hebt einzelne Punkte heraus, um die Wichtigkeit des Planes hervorzuheben, und erläutert dieselben ausführlich. Wasserleitung und Canalisirung müssen zugleich unternommen werden, wie Redner nachweist. Nach dem früheren Moore'schen Projecte sollte die Radaune das für die Stadt nöthige Wasser liefern; die Unzulänglichkeit dieser Quelle sei aber evident nachgewiesen, und man ist daher in neuester Zeit darauf gekommen, die Weichsel zum Wasserlieferanten zu machen, da sie nicht nur weit über das Bedürfnis Wasser zuführt, sondern weil dasselbe auch entsehten besserer Qualität ist. Die Befürchtung, daß das Sewasser das Weichselwasser verderbe, ist als haltlos erkannt worden. Während die Radaune 80 Kubikfuß Wasser in der Sekunde liefert, entsendet die Weichsel bei mittlerem Wasserstand bei Neufähr 22,000 Kubikfuß Wasser in die See. In geundheiliger Beziehung bietet nach der Ueberzeugung des Hrn. Redners das Wasser der Weichsel überwiegend mehr Vortheile. Hr. Helm, der das Wasser um Danzig genau chemisch geprüft, bestätigt die Auseinandersetzungen des Hrn. Dr. Lévin in allen Einzelheiten. Hr. S. W. Krüger schließt sich völlig den Ansichten der beiden genannten Herren an und ist auch der Meinung, die er eingehend motivirt, daß die Ausführung des Entwässerungsplans des Hrn. Wiebe, den er als ein Meisterwerk der Technik bezeichnet, die gleichzeitige Ausführung einer Wasserleitung bedinge. Es komme nur darauf an, ob die Stadt die Kosten tragen könne, und diese Frage sei unbedingt zu bejahen. Als die Franzosen hier gehaust, hätten dieselben nicht gefragt, ob und wie viel die Stadt zu leisten fähig sei; die Summen wären auferlegt worden und hätten bezahlt werden müssen; heute handle es sich um ein Werk, das von so hoher Bedeutung für die Wohlfahrt der Stadt sei, daß man nicht ängstlich um den Kostenpunkt trauern dürfe. Unsern Enteln würde damit nicht so viel aufgepaßt, als unsere Vorfahren uns zu leisten hinterlassen. Redner weist nun nach, warum das frühere Moore'sche Project sich nicht zur Ausführung eignet, und empfiehlt die Arbeiten des Hrn. Wiebe. — Herr Bloch resumirt zum Schluß die über die discutierte Angelegenheit erhaltenen Aufschlüsse und ersucht Hrn. Krüger, in nächster Sitzung im Interesse der Sache ein Aufgeßell zu geben, wie viel Kosten auf jedes Haus träfen, um im Publikum die Befürchtung zu beseitigen, als ob jedem Einzelnen unerschwingliche Kosten entstünden, wenn beide Pläne zur Ausführung kämen. — Gegen 10 Uhr wurde die Discussion vertagt und sollen die Redner, die sich zum Worte gemeldet, in nächster Sitzung gehört werden.

± Elbing, 8. März. Kretschig beendete gestern seine Vorlesungen über die Schönheits- und Sittenlehre Schiller's. Das Auditorium ist dem Redner aus dem schwierigen, arbeitsreichen Wege, den er es diesmal führen mußte, bis ans Ende treu geblieben. Es wird aber seinen vollen Lohn gefunden haben, denn gerade auf dem Gebiete, welches der Redner mit uns durchforscht, hat Jeder noch viel zu lernen, und nur der kann sich rühmen, seinen Schiller ganz zu verstehen, der sich mit den in seinen kleinen philosophischen Schriften niedergelegten Anschauungen vertraut gemacht hat. Gern hätten wir dem an vier Abenden unmöglich erschöpfbaren Thema Raum zu weiteren Ausführungen gewünscht, doch wird sich dies Verlangen wohl auf eine spätere Zeit gebulden müssen. — Zu leichtem, bequemerem Genuße hatte uns an zwei Abenden dieser Woche Hr. Bilse eingeladen. Die Leistungen dieses Orchesters stehen in Bezug auf Präcision, einmüthiger Hingabe an die Ausführung der Tonwerke, auf Glanz und brillante Färbung des Vortrages Allem voran, was in der Provinz bisher Derartiges zu Gehör gebracht ist. Diese Capelle kennt kein Individuum, Alles, selbst die präntiosen ersten Geigen, die revolutionären Hörner ordnet ohne jede Spur eigenen Willens sein können dem gewaltigen Commandostab des Gebieters unter. Und sie können es, denn Hr. Bilse versteht es, sowohl die Meisterwerke unserer Klassiker, als auch die ephemeren Gaukeleien, die er dem Unterhaltungsbedürfnis des Publikums concibirt, so intensiv, so farbenprächtigt und geistvoll zu beleben, daß in dem enthußastischen Beifall für das Ganze jeder Einzelne reichlich seinen Lohn findet. Manchmal allerdings wölft es uns scheinen, als ob Hr. Bilse die Contraste zwischen Licht und Schatten etwas zu schärfen liebt, als ob die farbenstrahlende Illustration, die er mit Vorliebe anwendet, ohne Einbuße an den Schönheiten der Tongebilde etwas hätte gedämpft werden können. Doch wer wollte es ihm verdenken, daß er alle Vorzüge seiner Künstler gern in hellem Lichte zeigt, die Virtuosität, die er keinem Einzelnen gestattet, ab und zu sich selbst vorbehält?

Verantwortlicher Redacteur: S. Richter in Danzig.

[Eingefandt.] In den dreißiger Jahren machte eine in den Zeitungen oder sonst wiederergebene Prophezeiung eines alten Landmannes einiges Aufsehen, weil sie mit einer gewissen Rühmheit und Wahrscheinlichkeit die politische Lage der Zukunft bezeichneter. Unter Anderem sagte sie die Wiederkehr einer französischen Revolution voraus, und schloß mit der in Wirklichkeit getretenen Bemerkung: „im Jahre 1866 werde in Deutschland ein allgemeiner Krieg ausbrechen und Preußen werde das gelobte Land werden.“ Es ist bisher nicht gelungen, das betreffende Zeitungsblatt mit diesem Artikel zu ermitteln. Demzufolge ergibt daher an ältere Zeitungsliefer die Bitte um geeignete Nachforschung und Mittheilung des etwa günstigen Resultats an die Expedition der „Danziger Zeitung.“

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.